

# Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Gescheint jeden Mittwoch und Sonnabend,  
Wertvollster Wohnmentspreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,05 Mf;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
im Haus 18 bis mehr.  
Die Postbeamten nehmen Beziehungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Werbungs- und Werntal-Gesellschaft  
von  
**Centralrat der Deutschen Gewerbevereine**  
(Berlin-Dahlem).

Anzeigen pro Zelle:  
Geschäftsans. 25 Pf., Familienans. 15 Pf.,  
Vereinsans. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N. O., Kreuzsvaldestraße 22/23.  
Fernsprech: Amts VII, Nr. 4720.

Dr. 44

Berlin, Wittenberghof, 5. Juni 1907

#### **Raumkreativität zeihmen**

#### **Subjects-Variables**

an den Pranger gestellt. — Der Verbandsstag und die  
Feste. — Gewerbeverein der Deutschen Bildhauer und ver-  
wandten Kunstuertern. — Allgemeine Rundschau. — Gewer-  
beverein-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

An den Wrenner geschickt.

Die „Antisocialdemokratische Korrespondenz“ will dem „neuen Bund“ materiell und finanziell unterstützen, was natürlich sein. Das tut sie in einer Weise, die an Öffentlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Das ist erfreulich. Dadurch wird der Bund, den sie fördern will, decent an den Pranger gestellt, daß die wenigen Arbeiter, die sich dem Bunde angegeschlossen haben, schleunigst wieder von ihm abrücken werden. Die offensichtlichen Blößen müssen den „Gelsen“ in Deutschland, wo sie sich auch befinden mögen, bei allen verständigen Arbeitern den Lobesieg versetzen. Die Preise der Schärmacher drückt den Artikel der „Antisoc. Korresp.“ ab, was wir ihr als ein Verdienst anrechnen. Trug sie doch auf diese Weise dazu bei, die wahren Absichten der „Gelsen“ und ihres Bundes, den wir schon einen „Ausdruck des Radikalismus“ nannten, bekannt zu machen. Selbst die nur einigermaßen sozialverbindenden Unternehmer werden nun erkennen, daß Arbeitersorganisationen solcher Art eine reelle Reibung verdienen.

In Hamburg ist befürchtet, sofern ein „Wand-patriotischer Schreibervereine“ begründet werden. Die Verhandlungen, die bei der Begründung gepflanzt, und die Statuten, die angenommen worden sind, entbehren allerdings, und das wie wir meinen, aller legalen Gründen absolutlich der Klärheit und unzweideutigkeit, so daß auch die nationale Frei- um von der sozialdemokratischen naturgemäß ganz abschne - nichts Rechtes mit dieser neuen Organisation anfangen weiß und ihr fast durchweg mit Zweifel und Misstrauen blicken.

Als Begründer und geistige Seiter des „Bundes unterständiger Arbeitervereine“ fühlte Herr Schaper, der Generalsekretär des „Wirtschaftlichen Verbandes“ in Hamburg, Herr Schaper, durch seine eigentliche sozialistische Schulung während seiner früheren Tätigkeit im Industriegebiet Rheinland-Westfalen erhalten haben. Er steht in der Beurteilung der Arbeiterfrage ziemlich genau auf dem Standpunkt der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenindustriestadt und teilt die Auffassungen der „Hamburger Nachrichten“. Es kann seinem Zweite unterliegen, daß eine von Herrn Schaper geführte Arbeitersorganisation allen, auch den weitergehenden antisozialdemokratischen Unpräzisen ausweichen wird.

Noch der letzte Verbandstag hat zwischen uns und der Sozialdemokratie eine starke Linie gezogen. Die Gelben und ihr Bund aber werden, obgleich ihnen nachgerückt wird, doch den „weitgesteckten antikapitalistischen Ansprüchen“ genügen, mehrheitlich der Sozialdemokratie dienen, als daß sie überzeugt wären könnten. Was ist das für ein „vaterländischer Zug im Wesen des neuen Bundes, der die deutsche Freiheit und Freilichkeit brutal mit Füßen tritt durch die absichtliche Verschleierung seines Willens aus „sozialen Gündeln“? Was sind das für „Arbeitervereine“, die den Standpunkt der rheinisch-westfälischen Kolonialindustriellen und die Aussöhnung bei „Hamburger Nachrichten“ teilen? Wollen solche Bilder aus nur den geringsten Ansprüch ergeben an den Ehrentitel „vaterländische Arbeitervereine“? Ein wahrschauendes nationale Preise muß solchen „landesverräterischen Sklavenbünden“ — dieser Titel wird besser passen — offenkundig mit Zweifel und Misstrauen begegnen.

traten“ begegnen.  
Und diesem Bund will die „Antifas. Körpers.“ die Aufgabe stellen, alle Gewerkschaften zu verhindern, die sozialdemokratischen, wie die christlichen und die örtlichen Dunderherren. Man lese, was weiter zu seiner Empfehlung gesagt wird:

„... Es unterliegt es uns denn seinem Zweifel, daß der nun begründete „Bund verlässlicher Arbeitervereine“ befähigt seiner Hauptaufgabe daran angeht, die Arbeitervorfrage im prinzipiellen Gegenseit mit jenen modernen“ Arbeitervorstellung, d.h. im prinzipiell gegenseit nicht nur im Sozialdemokratie und den ihr anhängenden Gewerkschaften, sondern auch zu der offiziell-nationalen Arbeitervorstellung und der innerhalb dieser offiziell-Bündnerischen Organisation aufgeworfenen neuen und radikalen Strömung zur Behandlung zu bringen. Dem widerpricht es gar nicht, wenn bei den Begrüßungsverhandlungen auch von der guten Nachbarschaft die Rede gewesen ist; bloß man dem anderen nichtsozialdemokratischen Verbänden gegenüber ein halbes Jahr. Sie sollen Anschein zu geben, daß für eine Zahl so hoher sowohl neue Organisationen eine notwendige Möglichkeit der Erfüllung und tatsächliche Einigkeit. Selbst die Norddeutsche Allgemeine Zeitung befürwortet übrigens die Möglichkeit solcher guten Nachbarschaft, „angehoben des bisher gänzlich feindseligen Verhaeltnisses der Büro-Klantier, wie sie den sozialistischen Gewerkschaften den Hamburgischen Bund gegenüber.“

Also auch uns soll es an den Fragen geben, aber nur zu dem Zweck, die in unseren Gewerbevereinen anstommenden neuen und radikalen Strömungen zur "Behandlung zu bringen". Wir danken für dieses wahrhaftige Oft, dem man aus Voricht und taktischer Klugheit den „Anschein“ gibt, es sei ein gutes und gesundes Oft. Von den Vorgängen aus unserer Verbandsbildung scheint der Verfasser keine klasse Meinung zu haben. Der Verbandsstag hat gezeigt, daß die Gewerbevereine in der energetischen Vertretung der praktischen Arbeitersinteressen vollkommen sind. Strömungen gedachter Art befinden in unseren Reihen nicht. Da zeigt sich die „Kord.“ Allg. Blz. besser unterrichtet, die erkannte, daß wir den „neuen Bund“ einhellig feindlich gegenüberstehen. Wenn er überhaupt in unseren Reihen jemand gegeben haben könnte, der dem Bunde irgendwelche Sympathie entgegengebracht hätte, so findet wir sicher, daß die ihm durch den Artikel der „Antifas. Körpers.“ zuteil gewordene Lehrengabe ihn gründlichdurieren würde. Wir sind um der Arbeitersache willen und aus wahren patriotischen Gründen einmütig gegen einen Bunde, der seine Christeng mit einer bewußten Zäsur aus der öffentlichen Meinung beginnt. Wer sie, wie dieser Bunde, absichtlich heuselt, dem ist zuguttrauen, daß er auch seine vaterländische Gesinnung deutlich wird durch einen falschen Anschein treue, deutsche Arbeitler für seine arbeiterfeindlichen Beschreibungen zu gewinnen.

Der Urteil der „Matth. Storck.“ wird immer deutlicher:

Sie die „moderne Arbeitersbewegung“ ist das Streben nach sozialer Gleichheit, die Arbeitersklasse verlor der Unternehmerschaft am emanzipierenden und zwischen beiden ein völlig imperfektes Kooperationsverhältnis vermöge einer neuen politisch-sozialen Reaktionserung herzustellen. Das schaffte nun eigene Emanzipationsmittel dieser modernen Arbeitersbewegung ist der Streik. Diejenigen Prinzipien der „modernen Arbeitersbewegung“ nun entgegengestellt und an Stelle des sozialen Emanzipationskampfes ein Verhältnis, per se jedoch kein Befreiungswillens, diffiniert von der Rücksicht auf den unmittelbaren materiellen Vorteil da eingehen, jenseits — das durfte der „Bund waffentädtiger Arbeitersvereine“ als seinen Hauptpunkt ansehen. Dementsprechend hat seine sozialistische Begeisterung auch eine Revolution angenommen, wonin die Sordierung und Umwandlung des bestehenden Koalitionsganges in eine wahre Koalitionsfreiheit erhoben wird, — eine tieflich verfehlte Formel für Sordierung eines Reiches zum Schlag der Arbeitersklaven.

Ran lennen wir den Zweck der Gründung ganz genau. Da einer wieder mal aus taktischen Gründen verschleiert Form soll der Bund berufen sein, als Arbeitersorganisation eine neue Buchdruckerbürologie zu fordern. Gestrikt darf nicht mehr werden, die Arbeiter werden auf das Wahlrecht der Unternehmungen verwiesen. Wer freilich kommt an den Galgen. Für die Koalitionsfreiheit sind wir immer eingetreten. Diese fordern wir auch gegenüber dem Vertragshaus.

der Unternehmer und der Arbeiter, die es den Arbeitern verwehrten, sich da zu organisieren, wo sie es nach eigener Neigung tun wollen. Einer neuen Buchauswahl bedarf es dazu nicht, eine solche würden wir aus prinzipiellen Gründen mit derselben Schärfe beklagen wie im vorherigen Falle.

Schließlich kommt vom der Antijug. Korrespondenz zum Bewußtsein, daß es höchst eigentlich gar nicht empfehl, von dem Bunde soviel zu sagen, weil doch nichts hinter ihm steht. Da ihn der Reichskanzler aber telegraphisch beglückwünscht hat, da muß er natürlich gewürdigt werden.

„Dann würde es sich vielleicht aber gar nicht empfehlen, von der neuen Arbeitersorganisation so ausführlich Kritis- zu nehmen, stattdessen der zahlenmäßig am wirt- lichen Arbeitern gezierte so gut wie nichts fehlt, und die kaum mehr als bestensfähr ein gut gemeinsam Wissen bedeuten, wenn nicht der Reichskanzler in einem sehr warm und herzlich gehaltenen Telegramm dem „Bunde“ seine besten Wünsche übermittelt hätte. Der Reichskanzler mag doch sowohl über die Arbeitersbewegung in ihren verschiedenen Strömungen unterrichtet sein, um zu wissen, daß die Ver- kündungen des neuen „Bundes“ mit denen der offiziell-nationalen Arbeitersbewegung prinzipiell unvereinbar sind. Dazu kommt noch, daß die „Rödeutsche Einheits-Ver- einigung“ an der Spitze ihres legenden „Blöds“-Artikels den „Bunde“ geradezu begehrte Worte wünscht, um dann verquillt mit scharfen Pointen gegen die offiziellen und hirös. Därfender Organisatoren, die sie — so meint das offizielle Regierungsbüro — „in Zeiten viel zu nahe an die Sozialdemokratie gehalten haben“. Und gerade diese Hoch- rnung nach einer Umwandlung des bestehenden Koalitions- zwanges in eine „wahre Koalitionsfreiheit“ ist es, die als besonders „sehigemäß“ den Stoff für das Kanzlerblattblatt findet. Und dabei müssen wir schließen, daß der Kanzler sich von den Brüderchen der „modernen Arbeitersbewegung“ gründlich abgesondert hat — wenn er ihnen überhaupt einmal gründlich zugewandt gewesen ist — und daß er es gewiß ist, die Tendenzen des neuen „Bundes“ an zu fördern. Ja, es kann sogar als wahrscheinlich gelten, daß der Kanzler ein Gelehr zum Schuh der Arbeiterswilligen plant, daß erst ein solches Gelehr „aus den Kreisen der Arbeiter lebendig“ verlangt wird, woran doch der „Bund“ offenbar hinsteuert. Und die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß gerade ein solches, doch liberal gemeinsam Schuh zum Schuh der „wahren Koalitionsfreiheit“ die Zustimmung des „Blöds“ finden und die Rödeutsche durch eine einsichtige Aktion sogar auf dem schwierigsten sozialpolitischen Gebiete — frägtigen und befiegsamen Seite. Die Parteien der „Rechten“ sind von vornherein dafür, und daß die Kreise der „Sozialen“ und „Befreienden Zeitung“ dagegen sein sollten, wird niemand für wahrscheinlich halten.“

Der Reichskanzler, das nehmen wir zu seinem Gunsten an, hat sich darüber lassen durch den eindeutigsten Beinamen des „Bundes“, sonst hätte er sich sein Telegramm gewiß gespart. Auch was die „Nord.“ Allg. Bltg.“ angesehen des Bundes schreibt, darf nicht als hoch veranlagt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben niemals daran gedacht, sich allzu nahe an die Sozialdemokratie zu halten, denn unsere praktischen Bestrebungen und die myopisch-skeptischen Ziele der Sozialdemokratie sind zu grundsätzlich, daß eine Annäherung einfach unmöglich ist, nie beabsichtigt war und auch nie bestanden. Gegen eine neue Zustandsvorlage sind auch die Kreise der „Vossischen“ und „Freiherrlichen Zeitung“ auf diese und auf den „Block“ dörfen in dieser Beziehung keine reaktionäre Blöße gestellt werden. Dem Block zuliebe wird keine völksfreundliche Partei eine illiberal Tat begehen wollen. Da werden die Parteien der „Rechten“ wohl allein bleiben.

Der Artikel der „Antijug. Korrespondenz“ ist wissenschaftlich geschrieben, wenn er den Zweck haben sollte, die Gefährdung in den Dienst des Bundes zu stellen, zur Bekämpfung der bestehenden Berufsvereine. Aber es ist gut dass er geschrieben wurde. Mit hellen Bildern hat er, ohne es zu wollen, die rücksichtsvolle Wahrnehmung, die der Bund zu verfolgen sich anschaut.

## Gewerkvereins-Teil.

**9 Grünberg.** In Anbetracht der Zeitverhältnisse hatten wir Gewerkschaften in einer Anzahl von Sitzungen und Versammlungen mit Einwirkung des Bezirksleiters, Herrn Dr. Görlitz, die Wünsche der Arbeiterschaft der Firma Beuhelt, Brücken- und Waggonbau, in finanzieller und hygienischer Beziehung zusammenge stellt. In 2 großen Betriebsversammlungen, wo fast alle eingesetzten Arbeiter teilte, referierte Kollege Herzig unter großem Beifall. Ganz war auch hier vom Gewerkverein der Stein ins Rollen gebracht. In diesen Versammlungen wurden Kommissionen gewählt, allen Gewerkschaftsmitgliedern, für Bildungsauflage und Waggonbau 5 Mann. Diese formulierte nun die Forderungen und schickte sie mit ihren Unterschriften vertheilen an die Firma. Durch dieses Vor gehen schloss sich eine große Zahl ausgesuchter dem Gewerkverein an, ebenso traten freiwillig einige Gewerkschafter über. Nun ging die Sache los, denn es wurde ja nicht mehr geschossen werden. Ein Schriftführer trat auf und forderte sich für den "Proletariat des Gütingerdtiges" die Wunde und wurde ein Exemplar dem Herrn Beuhelt zugesandt, um die Gewerkschaft als Aufsteller des Vertredes zu demonstrieren. Jedoch, das zog nicht. Der Chef ließ die Kommissionen vor und machte Zugeständnisse. Während dieser Zeit verabschiedete traurige Elemente "zweckmäßiger" Richtung auf, ganz gemeinsam unter dem Rücken der Kommission zu verbündigen, nur um die Bewegung zu durchkreuzen; aber auch dies zog nicht. Nun griff man zum äußersten Mittel. Das Gewerkschaftsamt berief zum Freitag, den 24. Mai, nach dem Sonntagsfest eine öffentliche Versammlung ein mit dem Thema: "Der Gewerkverein als Streitbrecher-Organisation". Referent war Gauleiter Dietrich Breslau. Mit diesem Vorgehen war selbst ein Teil der Verbündeten nicht einverstanden und sie lehnte es ab, an die Versammlung zu gehen, darum waren die Gewerkschaften in der Mehrzahl. Deshalb gab es auch keine Bureaumahl. Man musste dies wohl im voran geplant haben, denn die Versammlungsleitung hatte man sich "polizeilich genehmigt". (Dort waren auch danach) Der Referent gab sich nun die größte Mühe, den Gewerkverein zu verdächtigen, er könne aber zum Verbrechen der anwesenden "Gütingerdt" nur die alten und ältesten Sabotäger: Rehbein, Gosewitz, Breslau, Weihenfels, Waldeburg, Brieg usw. aufstellen, und dies zog nicht. Wahrenddessen erschien Kollege Herzig. Da mit einemmal schwante der Referent zur Polizeibewegung über, aber auch hier konnte er nicht neues vorbringen, auch wußte er nicht genau, ob es Graafkurt a. W. über a. D. Über war, wie die Gütingerdt "Streitbrecher" vermittelten haben sollten. In der Diskussion ging Kollege Herzig auf die Streitbrecher im "Gütingerdt" ein und auf die ganzen Gemeinschaften bis zur Brustfalte der gelben Gewerkschaften. Auf diese Ausführungen hin mußte der Breslauer Dietrich vor dem Schlußwort nochmals mit der Sprache heraus und da jonglierte er sich auf ein anderes Gebiet. Mit einem Mal war der holz arbeiterverband richtig reich und folgegebenen hatten die Kri-

beitgeber vor diesem schwerreichen Holzarbeiterverband befreit und wehrtig alle Wünsche rezipierend kapitulieren müssen, denn der mächtige Holzarbeiterverband hätte es noch längere ausgetragen. Mit Rechtserfolgen war der Holz arbeiterverband gegred aus der Bewegung hervorgegangen, während der Gewerkverein das Nachsehen habe. So beim Tarifabschluß in Berlin habe der Görlitzer Schuppanverbund vorliegende dem Referenten den "tautigen Tarif" der Görlitzer Gewerkschaften gezeigt und erklärt, er beste als Vorsteher gar nicht daran, mit dem Gewerkverein einen Tarif abzuschließen, für ihn als Vorsteher sei nur der Holz arbeiterverband maßgebend. (Aun, das möglicherweise untersuchen?) Ja in Breslau habe der Gewerkverein Hilfe striegen erklärt, wenn mal 500 Gewerkschaften 4 Wochen streiken, sei das Geld alle, deshalb könne der Generalrat keinen Streik genehmigen. Für 1907 wieslagte er 24 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Auf das Schlußwort könnten wir nicht mehr antworten, um sofort die Verbrechen und Lügen zu widerlegen. Das wird in einer demokratisch handelnden öffentlichen Versammlung geschehen, hoffentlich erscheint dann auch der "schwarze" Gauleiter auf Breslau und bringt sich als neue Nummer von Schlegel den gemopsten Taler. Der Arbeiter Grünberg, der mit derartigen gemeinen Beziehungen seitens der "Firma" nicht einverstanden hat, möglicherweise unbekannt dem Gewerkverein angeschlagen, welcher nur allein es bei der Firma Beuhelt unternommen hat, eine Sage zu verbessern. jedenfalls dürfte dies verdeckte, verdeckt bewußte Geschäft nicht auf ihre Rechnung getreten sein, denn dem Referenten schien aus Gram darüber im Schlußwort das Herz in die Hosen gefallen zu sein. Der Gewerkverein wird nun erst recht die Führung der Grünberger Arbeiterschaft in die Hand nehmen.

**9 Nowawes.** Arbeitsnachweis eröffnet. Nach Erlebnisführung verschiedener Schwierigkeiten konnte der Ortsverband Nowawes am 15. Mai einen eigenen Arbeitsnachweis eröffnen. Die Geschäftsstelle befindet sich Endenfeld, 54, Telephonstr. Nr. 285, Centralbahnhof der Deutschen Gewerkschaften Nowawes.

Es ist jetzt die Sicht aller Verbandskollegen in jeder Beziehung für das Bekanntwerden des Arbeitsnachweises zu wissen, denn in einem gut geleiteten und richtig funktionierenden Arbeitsnachweis steht heute ein gutes Stück sozialpolitische Arbeit und für die betreffende Organisation ein hervorragendes Agitationssmittel.

## Verbands-Teil.

**• Gewerkverein der Deutschen Schiffszimmerer, Schiffbauer, Fischer, Seefahrer und anderen Arbeiter (H.-D.).**

Umtliche Bekanntmachung des Generalrats.

Der 8. ordentliche Delegiertentag findet am 19. Juli d. J. in Stettin-Bredow mit folgender vorläufigen Tagesordnung statt.

1. Prüfung der Mandate
2. Tätigkeits- und Außenbericht.

3. Verlegung des Sotoris.
  4. Wahl des Generalsatzes.
- Stettin-Bredow, den 29. Mai 1907.  
Für den Generalsatz:  
W. Müller, S. Hins, E. Heitmann,  
Vorsteher. Generalsekretär. Schatzmeister.

### Veranstaltungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften (H.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8½ Uhr bis 10½ Uhr im Verbandsraum der Deutschen Gewerkschaften, NO., Greifswalderstrasse 221/22. Gäste willkommen. — Sangerschau des Deutschen Gewerkschaften (H.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Leibnizsaal im Verbandsraum der Deutschen Gewerkschaften (Ortner Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 1. Juni. Maschinenbau u. Metallarbeiter X. Ab. 8½ Uhr Generalversammlung. Wahl des Käffers. — Montag, 3. Juni. Wittenauer. Ab. 9 Uhr Generalversammlung bei Preuß. Dresdnerfahrt. 10. Wahl eines Vorsteher und Schriftführers. Bericht vom Delegiertentag.

Dessau und Weißensee-Verband.

Henne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5½ Uhr, im Saal bei Herrn Billig, Schule-Mattler, Mästalterhause. — Magdeburg (Diskussionsklub). Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Albert, „Jägerhof“. — Stettin. Norddeutsche Maschinenbau- und Werkstatt-Arbeiter. Jeden Donnerstag, abends 8½—10½ Uhr, Diskussionsraum im Total Engelse, Schifferstraße 9a. Gäste willkommen. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr pral., in Südmanns Hotel, Poststraße, Diskussionsklub. — Spanien (Diskussionsklub der Deutschen Gewerkschaften, H.-D.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — Wittenau a. d. Ruhr (Ortsverband). Sonntag, 9. Juni, vorm. 10 Uhr, Vertretersitzung bei G. Seidemann, Höhstraße.

Aenderungen bezw. Ergänzungen zum Übertragungsvergleichnis.

Glogau I. Schl. (Ortsverband der Schneider). Willi. Kämpler, Vorsteher, Langzeit, 3 II; Willi. Hellmann, Schrift., Emmer, Vorsteherin; E. Dingel, Käffeter, Remscheid, Kremsmühlestr. 82.

Königsblütz (Ortsverband). R. Mayer, Vorsteher, Königsblütz, Friedrich-Karlst. 3.

Menzel (Ortsverband). Franz Müller, Schriftführer, Grabenstr. 4.

Saarm. (Ortsverband). Theodor Gauertöhl, Samm. I. B., Grünstr. 57.

Ebing (Ortsverband). August Kley, Vorsteher, Ritterstr. 9.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Fahnen, Vereinsabzeichen, Schilder u. a. schönsten und billigsten bei Th. Borcke, Oppeln.**

**Bauschlosserei,**  
Kunstschlosserei und Kunstschmiederei, Hoch- und Tiefebau, Elektrotechnik, Installation, Bergbau, Glasschlosserei, Bau-, Kunst- und Möbelschlosserei, Lokomotivföhrung, Stukkatur und Steinmetzwerk, solange man durch die techn. Salzkammergut-Schlosserei System Karack-Huckfeld. Glashause, Erfolge, Auktions- und Prozeßrechts, urkundengeschriebene und handsignierte Urkunden & Nachf. Petzold-L. 6.

**Hohenmölsen u. Umgegend.** (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Pf. pro Tag. Bei dem Verbandsraum Klempnerstraße 18.

**Eben (Haben).** Herberge zur Heimat, Kreislandnachwuchs u. Versiegungsorten im Gewerkschaftsbüro, Post-Allee 16.

**Jena.** (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pf. Unter stützung bei Carl Müller, Greifswaldstr. 22, Ende Oberlaubaustrasse.

**Chemnitz.** Der Arbeitsnachweis sowie die Ausgabe des Ortsverbands befindet sich bei Ernst Lippke, Zehnstr. 17, III Sprem., mittags von 12—1, abends von 7—9 Uhr.

**Grank- und Begräbniskasse des Gewerkvereins der Deutschen Schiffszimmerer, Schiffbauer, Fischer, Seefahrer u. a. Arbeiter.**

(Eingetragen: Höflestr. 32.) Auf Beschluss des Vorstandes wird die IV. ordentliche Generalversammlung der Höflestrasse nach § 45 Absatz 1 des Statuts zu Freitag, 19. Juli d. J., nach Stettin-Bredow einberufen.

### Tagesordnung:

1. Prüfung der Mandate.
2. Abänderung des Statuts.
3. Wahl des Sitzes der Kasse.
4. Wahl des Vorstandes sowie der Hauptreviseuren.

Anträge hierzu sind bis spätestens den 28. Juni d. J. an den Hauptgeschäftsführer einzuschicken.

Stettin-Bredow, 29. Mai 1907.

Für den Vorstand:  
W. Müller, S. Hins, E. Heitmann, Hauptgeschäftsführer.

## Der Gewerkverein Jahrgang 1906

auf einem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, Nr. Verbandszeitschrift und Vereinsbibliothek.

**3,50, sonst 6 Mark.**

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.

Verbandsbüro:  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Gebotungen nur an Verbandskollegen

R. Klein,  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

## Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die

### Frauen-Begräbniskasse

des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.

Eintrittsgeld 25 Pf. + Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre. Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Begräbnisbeitrag beträgt je nach Höhe der gewährten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pf.

Alle Ortsklassen nehmen Anmeldungen entgegen.

Blätter und Material versendet das Verbandsbüro:

Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23.

## Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Treffpunkt aller Gewerkschaftskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Prächtige Räume, große Restauration mit vorzüglicher Küche, vier Kegelbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingestellt. Zur Ablösung von Versammlungen, Sitzungen, Sommer-Begrüßungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern besonders empfohlen, lader zum Besuch freudlich ein.

Carl Schmidt, Oeconom.

Hamburg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unter stützung beim Verbandsräther E. Sellmann, Großer Börsen gang 11, Haus 5 pt.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logier farten im Betriebe von 1,20 bis 2,00 Mark, beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Vollweg 22 im Gaben.

Haushaltlicher Bedarf: Carl Sellmann, Berlin N.O., Greifswalderstrasse 221/23. — Sand und Ziegel: Goedede & Galliner, Berlin W., Wallstraße 110.

politischen Schilde — Unternehmertypen — von den Hirsch-Dunderndorffern noch mehr angewidert werden. Einen ausführlichen Bericht über den Berliner Verbandsstag werden wir nicht bringen. Vielleicht werden wir noch zu dem einen oder anderen nach Vorliegen des Berichtes in der Hirsch-Dunderndorffschen Gewerbevereinsprese Stellung nehmen.

Der Verein der Deutschen Kaufleute gehört dem Verband der Deutschen Gewerbevereine nicht „widerwillig“ sondern aus dem Grunde des Interesses und Vereinheitlichkeit an. Wie „ad hoc“ die Tagesspreche an uns vorübergegangen ist, das ist die vorstehende Übersicht ein schlagender Beweis. Wie wir „Krippegebilde“ — die Ausdrucksweise ist wohl nur gewählt, um den Lesern gleich Kenntnis von dem Bildungsstand des Verfassers zu geben — markieren und vorwärts schreiten können, das werden wir der Westf. Arch.-Rtg. bald klar machen. Die linksliberalen Parteien sind Volksparteien, die sich in Döhren, wo das Zentrum mit Borries mit den Sozialgemeinschaften Sache macht, bei den jüngsten Wahlen herausragende katholische Geistliche angeholt haben und sich als liberale Abgeordnete wählen ließen. Die Westf. Arch.-Rtg. dient in aller Offenheit dem Zentrum, obgleich diese Partei den Volksmassen die Lebensmittel verteidigt. Unsere Gewerbevereine halten ihre Neutralität aufrecht, da sie niemand verpflichten, für eine bestimmte Partei zu stimmen. Über die Frage der „Anwerbung“ können wir der „W. A. R.“ ein Licht aufsiedeln. Wir wissen aus ihrem Vater wahr, als wir im Augenblick sagen mögen. Es liegt an ihr, ob sie uns protogieren will, unser Geheimtum zu öffnen. K. G.

## Gewerbeverein der Deutschen Bildhauer und verwandte Kunstberufe.

Vom 19.—22. Mai hielt der Gewerbeverein seiner 7. ordentlichen Delegiertentag in dem freundlich gelegenen Orte Postkappel bei Dresden ab. Der Saal des Restaurants Blücher war feierlich dekoriert. In frischem Grün hatte die Büste des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch Aufführung gefunden. Der Vorsitzende des Hauptvorstandes, Kollege Reinhard Berlin, eröffnete die Versammlung um 8 Uhr abends und begrüßte die erschienenen Delegierten und zwar die Kollegen Kunsth.-Postkappel, Mohr-Berlin, Möpke-Liegnitz, Weidemann-Breslau, Gebauer-Striegau, Külling-Landsberg, Walter-Magdeburg, Horn-Duisburg, I. Oberstadt-Köln, Nördlicher Karlsruhe, Mög-Straß., R.E., Jatzob-Augsburg und Heinzelmann-Schweidnig. Für die Vertretung des Zentralrats der Deutschen Gewerbevereine war Herr Kollege Bahlke-Berlin erschienen. Die Prüfung der Mandate ergab die Gültigkeit derselben. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Mohr-Berlin, I. Vorsitzender, II. Vorsitzender Walter-Magdeburg und Heinzelmann-Schweidnig. Im Anschluß an die Versammlung fand ein sehr gemütliches Beisammensein statt. Am anderen Morgen, 20. Mai, begannen die Hauptverhandlungen mit Richtsicht auf den Gottesdienst erst um 11 Uhr vormittags. Der Vorsitzende, Kollege Mohr verband mit der Eröffnungrede die Mitteilung, daß zahlreiche Begrüßungsschreiben und Telegramme eingegangen seien, u. a. aus Schweidnig, Liegnitz, Köln usw. Der Hauptchristlicher, Kollege Barthel, erstattete den Tätigkeitsbericht. Aus demselben ist zu erkennen, daß der Gewerbeverein eine thürige Agitation betrieben hat, denn für diesen Bogen sind ausgegeben worden 989,19 M. Ferner sind gesagt für Arbeitslose 6838,50 M., Streif resp. Aussperrung 2583 M., Reise 881,62 M., Überstellung 399 M. und Ruhstdauerstiftung 158 M., für Reichsbank 593,51 Mark und Bildungsstiftung 806 M. Gesamteinnahmen 24 088 M. In Bestand war am Schluss des Jahres 1906 vorhanden 4851,39 M.

Nachdem auch der Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Gewerbevereins vorgetragen war, kam ein Antrag des Kollegen Horn-Duisburg zur Annahme, der besagt, daß der aus Anlaß der Aussperrung in Berlin ausgeübte Extraarbeit noch bis zum 1. Juni 1907 erobert werden soll. Mit besonderem Dank für die bisherige Geschäftsführung im Gewerbeverein fand der vom Hauptvorstand, Kollegen Jungfer, Berlin, gestellte Entlastungsantrag für die beiden Bevölkerung einstimmige Annahme. Eine längere Debatte beschloß sich sodann mit der Beitragsfestsetzung. Die Erörterungen wurden mit zufriedenem Ernst geführt und waren von rechter Seite zum Gewerbeverein getragen. In namentlicher Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag auf 30 Pf. pro Woche festzulegen. An den zu gleicher Zeit beginnenden 16. Verbandsstag in Berlin wurde ein Begrüßungstelegramm abgesandt, dem Gegengruß aus Berlin folgten. Die weiteren Bevorrichtungen betrafen den weiteren Aufbau des Vertrauensmännerystems, der Streit- und Aussperrungsunterstützung, die für 7 Tage pro Woche, statt bisher für 6 Tage, bezahlt werden sollen. Die Arbeitslosenunterstützung wird jetzt für 1½ Jahr berechnet (röhrt für 1 Jahr). Berechtigte Mitglieder wird neben einer Unterstützung für den eventuell notwendig werdenden Umgang auch ein Zufluss zu den Reisekosten für die Kinder gewährt. Die Beschlüsse des

treffend die Wartezzeit treten mit dem 1. Juli 1907, die Beschlüsse über die anderen statutarischen Änderungen mit dem 1. Januar 1908 in Kraft. Eine ausführliche Besprechung fand auch die Organfrage, die teilweise recht weitgehenden Wünsche konnten aber zunächst nicht erfüllt werden. Zum Vortrag des Gewerbevereins wurde wieder Berlin gewählt. Allgemein wurde befürwortet, daß der langjährige Hauptchristlicher, Kollege F. Barthel, erklärt, daß es ihm fernerhin unmöglich sei, die wachsenden Arbeiten seines Amtes auszuführen, er könne daher, so leid es ihm eine Wiederwahl nicht annehmen. Eine gleiche Erklärung gab Hauptchristlicher R. Blösch ab. Kollege Barthel führt sein Amt 17, und der Kollege Blösch bereits 30 Jahre lang. Der Delegiertentag dankte den treuen Kollegen recht herzlich für die Osterfreudigkeit, mit der sie ihre Amtsergebnisse und verband damit den Wunsch, daß beide Kollegen dem Hauptvorstand erhalten bleiben möchten, wenn auch nicht in den mit soviel Arbeit verbundenen Stellungen. Darauf wurde der Hauptvorstand gewählt und zwar zum 1. Vorsitzenden Kollege F. Barthel, zum Hauptchristlicher Kollege Paul Reinert und zum Hauptchristlicher R. Blösch, als Hauptrevisor wurde Kollege R. Blösch gewählt. Der Vorsitzende wurde auch in der Generalversammlung für die Kranken- und Begegnungsaufzugsstelle gewählt.

In dieser Rasse wurden die Beiträge stufenweise geregelt und zwar wurden die Beiträge festgestellt an: 10, 20, 30, 40 und 50 Pf.

Der nächste Delegiertentag soll in Berlin stattfinden. In den Schlußreden wurde die Sicherung gegeben, daß im ganzen Gewerbeverein eine lebhafte Tätigkeit für die Ausbreitung derselben eingesetzt werde. Mit den lebhaften Widerhallen findenden Hoch auf den Gewerbeverein der Bildhauer und den Verband der Deutschen Gewerbevereine wurde darauf der Delegiertentag geschlossen.

## Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 4. Juni 1907.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine veranstaltet am Donnerstag, 13. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale des Verbandshauses eine allgemeine Versammlung aller Gewerbevereiner aus Berlin und den Vororten, um Vertrag geben zu lassen von den Beschlüssen des Verbandsstages. Berichterstatter ist unser Kollege Karl Goldschmidt. Der Zentralrat erwartet, daß alle Kolleginnen und Kollegen es als ihre Ehrenpflicht ansiehen, pünktlich zur Versammlung zu erscheinen.

Der Tätigkeitsbericht erscheint in nächster Woche. Jeder Ortsverein erhält ein Exemplar gratis. Weitere Exemplare sind zu 10 Pf. das Stück durch unser Verbandsbüro zu beziehen. Um gleich die richtige Anzahl in Druck geben zu können, bitten wir die Bestellungen recht schnellstens bewirken zu wollen.

Das Verbandsstagsprotokoll erscheint Mitte Juli. Die Drucklegung der ersten Bogen erfolgt schon Ende nächster Woche. Wir bitten daher, Bestellungen sofort anzugeben. Das Exemplar kostet 1 M. Mindestens ein Exemplar soll jeder Ortsverein beziehen, damit es zu dauerndem Besitz der Bibliothek einverlebt und so jedem Verbandsgenossen zugänglich gemacht werde.

Zum Streik der Bäder hat der Verein der Deutschen Kaufleute eine Sympathiekundgebung an die Tagesschriften verlangt, in welcher die Forderungen der Geister anerkannt werden und zur Unterstützung des Streiks aufgerufen wird. Auch dem „Borwörts“ ist ein diesbezügliches Schreiben gegangen. Dieses Blatt aber, das nach seiner Meinung allein die Arbeitersinteressen vertreibt, hat es nicht der Welt für wert gehalten, diese Kundgebung zu veröffentlichen, während es in seiner Sonntagsnummer einer vom sozialdemokratischen Zentralverband der Handlungsgesellschaften ausgehenden Aufruf bringt.

Unwillkürlich drängt sich einem da der Gedanke auf, daß durch die vom Verein der Deutschen Kaufleute ausgerichtete Kundgebung die sozialdemokratische Organisation erstmals einen Ruppenstock verlegt werden ist. Aber wie dem auch sei: Nicht eigentlich berührt es, daß in einem Kampfe, wie ihn die Bädergesellen führen, und dessen Ausgang in erster Linie abhängt vom Verhalten des konsumierenden Publikums, die Kundgebung einer Organisation, die in Berlin und Umgebung weit mehr Mitglieder zählt, als der Zentralverband im ganzen Reich, einfach unterzogen wird. Man erkennt daraus wieder einmal, daß es dem sozialdemokratischen Blatte nicht darauf ankommt, die Arbeitersinteressen zu fördern, sondern in erster Linie partipolitische Zwecke zu verfolgen.

Der heutige „Borwörts“ stimmt wieder einmal ein beschämendes Klagedikt an über das angeblich „arbeiterverdächtige Treiben“ des Gewerbevereins der Bäder. Die Niederlage des Holzarbeiterverbandes wandelt er in einen Sieg um und schimpft, daß die Hirsch-Dunderndorffschen Bäder nur an materielle Erfolge dachten und den „moralischen“ Sieg des Holzarbeiterverbandes nicht würdigten. Es kann aber ernstlich nicht einmal von einem moralischen Erfolg die Rede sein. Vor der Bewegung war es der Bäder unter der Bäder, daß die Organisationen gemeinsam vorgehen. Das wollte der Holzarbeiterverband nicht, weil er sich einbildete, die Sache allein machen und die anderen Organisationen an die Wand drücken zu können. Es gehörte eine große Portion Dummeheit dazu, sich einzuhüllen, daß hierbei die anderen Organisationen einfach stillhalten. Ihr unterer Gewerbeverein der Bäder war es daher eine Ehrenpflicht, auf eigene Faust vorzugehen und einen Vertrag mit den Unternehmern zu vereinbaren. Das gelang mit praktisch bestarem Erfolg, als ihn der Holzarbeiterverband durch seinen „Massenkampf“ erreichte. Und da unser Gewerbeverein der Bäder nun gar noch die Ruhmtheit besaß, in einem Flugblatt: „Ein Pyrrhus Sieg“ den Holzarbeiterverbänden und allen Arbeitern der Holzbranche zu zeigen, wie sehr die Interessen der Arbeiter durch das einseitige Verhalten des Holzarbeiterverbandes geschädigt worden sind, der gerade der „Borwörts“ in Wut und Schimpf über Arbeiterversetz. Wenn die Streikbrecher im „Borwörts“ erkennen wollen, wie der wirkliche Arbeiterversetz aussieht, dann mögen sie die Akten des Holzarbeiterverbandes und die des Kampfes in Berlin etwas näher ansehen.

Das Flugblatt: „Ein Pyrrhus Sieg“ steht allen Verbandsgenossen in jeder gewünschten Anzahl zur Verfügung.

**Arbeiterbewegung.** Die Bewegung der Berliner Bädergeister zieht weitere Kreise. Den Meistern ist das Hefschindlat zu Hilfe gekommen, das all denjenigen Bädern die Heft vornehmlich, die die Forderungen der Geister bewilligt haben. In dessen auch die Streitleitung hatte Vorfehrungen getroffen, um diesem Anschlag zu begegnen und von Hamburg Fehl befreit, mit der wenigstens dem dringendsten Bedürfnis abgeholfen werden konnte. — Im Baugewerbe von Berlin wird ebenfalls der Kampf mit unvermeidbarer Schärfe fortgesetzt. Es ist zu erwarten, daß im Laufe der Woche weitere Arbeitersinteressen, wie die Rohrleger, mit hineingezogen werden. — Auch in Potsdam befinden sich die Männer in einer Lohnbewegung. Die Arbeiter verlangen bei zweijähriger Tarifdauer eine Erhöhung des Stundenlohns von 60 auf 65 Pf. Die Unternehmer wollen den höheren Satz sofort nur dann zahlen, wenn der Tarif drei Jahre läuft. Es ist bisher nicht gegliedert, eine Vereinigung herbeizuführen. — Der Streit des Seeleute nimmt an Ausdehnung und Erbitterung noch immer zu. So macht der Zentralverein deutscher Reeder bekannt, daß seitens der Unternehmerverbände von England, Dänemark, Schweden und Norwegen daran hingeworfen wird, daß während des Streiks deutsche Seeleute, die in der Zeit nach dem 1. Mai die Arbeit in deutschen Reedereien ausgegeben haben, in den betreffenden Ländern nicht angestellt werden. — In Leipzig steht schon seit geraumer Zeit die Malergesellschaft im Streit. Durch schwere Löhne und Herabsetzung von Arbeitskräften von außerhalb versuchen die Meister die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Sie haben damit aber noch kein Glück gehabt, während von den Geistern ein nicht unerheblicher Teil zu den neuen Bedingungen arbeitet. — Auch in Straßburg i. E. sind seit einigen Wochen die Meister ausgesperrt. Nach langwierigen Verhandlungen war es endlich gelungen, eine Tarifvereinbarung herbeizuführen, die den Geistern nicht unwe sentliche Verbesserungen gewährt hätte. Da aber machten plötzlich die Unternehmer die Unterzeichnung des Tarifs davon abhängig, daß die Stadt sämtliche Submissionsarbeiten nur an Tüningsmeister abgibt. Da der Gemeinderat sich damit natürlich nicht einverstanden erklären konnte, sondern die Behandlung der Frage einstweilen ansieht, geht der Kampf im Malergewerbe weiter. — Wegen Ablehnung einer geringen Erhöhung ihrer Löhne sind in Würzburg etwa 400 Bau- und Erdarbeiter in den Ausstand getreten. — Obwohl haben in Weilheim in der Meister, weil die Arbeitgeber eine Erhöhung des Stundenlohns von 45 auf 50 Pf. abgelehnt haben, die Arbeit niedergelegt. — In der Fleischwarenfabrik von Jägermann in Kulmbach haben die Fleischer-geister jezt Verkürzung der überlangen Arbeitszeit um zwei Stunden und höhere Bezahlung der Überarbeiten verlangt. Als die Betriebsleitung die Forderungen ablehnen wollte und darum die Geister in den Streik zu treten sich anschickten, befand sich die Firma eines Besseren und bewilligte die Forderungen. — In Schwaningen (Schwarzwald) sind in der Metallindustrie Lohnunterschiede entstanden. Die Fabrikanten drohen mit einer allgemeinen Aussperrung von der über 10 000 Arbeiter betroffen werden würden.

## Der Verbandstag und die Presse.

II.

Unserer Aufforderung folge sind uns bereits eine größere Anzahl deutscher Zeitungen angefreund worden, die sich kritisch äußern zu den Beschlüssen des XVI. Verbandstages. Wir geben diese Beurteilungen in ihren wichtigsten Auszügen wieder und bitten unsere Verbandsgenossen auch ferner darauf zu achten, daß uns die in der nachfolgenden Übersicht noch unvertreuten Zeitungen, sofern sie nicht bloß referierende Stellung genommen haben zum Verbandstage, gleichzeitig zugesandt werden. Die „Neue Hamburger Zeitung“ und die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ sagen dies:

„Ein neutraler Arbeitgeberprogramm... Natürlich hat bei der Konstruktion unseres öffentlichen Lebens derzeitige und weiser Zukunft, der am meisten verpflichtet. Ist man einmal dazu gelangt, Kaufmänner ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit zu betreiben, so schlägt der Sozialist den Vogel ab. Es ist gar nicht merkwürdig, daß die Gewerbevereine als neutrale Arbeitgeber einen geringeren Zukunft haben als die Gewerkschaften. Wer aber eine eingehende Untersuchung über den Einfluß der Gewerbevereine auf den staatlichen Organismus anstellen wollte, der würde sehr bald herausfinden, daß dieser Einfluß, soweit es sich um positive Leistungen handelt, unglaublich größer gewesen ist als der der Gewerkschaften. Das erläutert sich schon dadurch, daß die Gesellschaft dem sozialen Empfinden der Gewerbevereine umgänglich in höher Recht als dem der Gewerkschaften, die sich nicht von einer Partei trennen können, die in ihren Endzielen nicht auf eine Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft und ihres sozialen Handelns, sondern auf deren Beständigkeit hinsetzen. Freilich, es hat auch bürgerliche Politiker gegeben, man braucht nur an den Österreichern von Stumm zu erinnern, die gerade aus diesem Gesichtspunkte die Gewerbevereine für gefährlicher hielten, wie die Gewerkschaften.“

Dieser Herrenkantaten ist nahezu überwunden. Es ist allgemeine Überzeugung geworden, daß der Staat allen seinen Gütern die Entwicklung zu höheren Kultur- und Bediensteten zu ermöglichen und durch seine gesamten Einrichtungen zu tragen hat. Die Ausweitung bleibt den einzelnen überlassen. Damit wird der Staat auch der Industriefreiheit gerecht. Die sogenannten Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, denen Tagung in Berlin nunmehr geschlossen worden ist, haben in ihrem neuen Programm diese Richtlinien eingehalten. Sie haben dabei allerdings eine Motivierung vorausgeschickt, die nicht nur falsch, sondern auch überflüssig ist, im übrigen aber dem Programm keinen Beitrag zu, da es sich nur um eine These handelt. „Die Entwicklung der Großbetriebe und des Großkapitals schafft (...) eine stark wachsende Bevölkerungsmaße, die keine weitere Sicherung ihrer Existenz und ihres Fortbestandes hat als ihre Arbeitsmarkt.“ Das geht noch sehr vielen Leuten so, die man gemeindet nicht zu den Industriearbeitern zählt. Aber, wie gesagt, die These macht nichts.

Das genannte Blatt bringt dann das Programm zum Ausdruck und erklärt am Schluss:

„Das ist ein durchaus gefundenes sozialpolitisches Programm, das sich mit Gedanken von allen radikalen Fortschritten freihält. Selbst die Bodenreform hat man flüchtig ausgeschieden. Man kann erwarten, daß dies Programm, wenn nicht bei den politischen Parteien, so doch bei dem gesamten Liberalismus ausgleiche und nachhaltige Unterstützung findet.“

Das „Hamburger Fremdenblatt“ äußert sich ähnlich wie die „Königberger Parteiliche Zeitung“, deren Auskopie wir schon in vorheriger Nummer wiedergaben.

„Eine bedeutsame Tagung der Gewerbevereine... Sie wird für die weitere Entwicklung dieser Arbeitgebervereine darum eine ganz besondere und dauernde Bedeutung behalten, weil sie eine Neuorganisation des Verbandes und eine starke grundlegende Stellungnahme zur Politik gebracht hat.“

Dieses Blatt wie auch die „Kielner Zeitung“, die „Breslauer Zeitung“ und das „Anhalter Tageblatt“ in Dessau äußern sich in ähnlicher Weise und sagen übereinstimmend dies:

„Die Politik mußte von den Gewerbevereinen viel stärker als bisher in den Vordergrund gestellt werden, weil sonst keiner der Arbeitgeberungen neuerdings sich an die Regierung richtet. Während die sozialdemokratischen und christlichen Gewerbevereine bislang schon längst ebenso ehrlich Parteilich wie Sozialpolitisch getrieben haben, konnten die Deutschen Gewerbevereine mit übertriebenem Eifer ihre politische Neutralität. Das führte daran, daß die beiden erstgenannten Gewerkschaften heute über zahlreiche intelligente eigene Abgeordnete im Reichstag verfügen, während die Deutschen Gewerbevereine im Reichstag unvertreten sind. Auch ergab die überdrüsige Betonung politischer Neutralität schließlich bei den Mitgliedern einen politisch und damit gesellschaftlich Indifferenzismus, der vielleicht im blühenden Kapitalismus das höchste Ziel gewerkschaftlichen Strebens erzielte. Infolgedessen erzielten die Gewerbevereine an dem allgemeinen gewerkschaftlichen Aufschwung der deutschen Arbeiterschaft nur einen sehr bescheidenen Anteil.“

Aber nun soll und wird das hoffentlich anders werden, denn die eben benannte Verhandlung hat einstimmig den Grundsatz preisgestellt, daß die Gewerbevereine als solche zwar politisch und religiös neutral bleiben, daß ihre Mitglieder aber innerhalb der Gewerbevereine sich energisch politisch betätigen sollen. Die Richtung dieser politischen Tätigkeit ist durch ein großzügliches und freihheitsliebendes Aktionsprogramm festgelegt...

Dieses Programm, in dem manche Formulierungen offenbar durch Kompromiß zwischen Alten und Jungen

aufgestanden gekommen sind, bedeutet in Wirklichkeit einen Wendepunkt im Leben der Deutschen Gewerbevereine. Ihre Zukunft wird zwar voll Arbeit und Kampf, aber auch nicht ohne Sieg und Erfolg sein.

Die „Röhnische Zeitung“ erklärt die Annahme eines grundlegenden Programms für den ganzen Verband als besonders bemerkenswert. Nachdem sie das Programm sodann ganz zum Ausdruck gebracht hat, sagt sie dies:

„Die Bedeutung der parteipolitischen Unabhängigkeit in diesem Programm wird man natürlich immer mit der tatsächlichen parteipolitischen Haltung der Gewerbevereine zusammenhalten müssen, wenn man eine zutreffende Einschätzung dieser Behauptung vornehmen will. Immerhin bestehen die nationale Note, die wiederholts angeschlagen worden ist, und die scharfe Grenzziehung gegen die Sozialdemokratie wohltuend. So ist z. B. in einer Erklärung zum Programm die Aufforderung enthalten, die Gewerbevereinsforderungen zu belägen, auf dem Boden des deutschen Vaterlandes, dessen Ansehen, Kraft und Größe zu fördern als eine Ehrengabe und für alle deutschen Arbeitnehmer gilt. Auch die Forderung ist verständlich und gut, dem territorialen Kreis Kreisen der Sozialdemokratie gegen Mitglieder anderer Gewerbevereine endlich einmal mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken, denn die Industrievereinigung, wie sie von den Gegnern der Gewerbevereine gefordert wurde, sei „eine Schmach für die gesamte Arbeiterschaft“. Weniger erstaunlich aber ist es, wenn man die Besammlung sich in ausgetretenen sozialdemokratischen Gebietengrenzen bewegen sieht, wie das z. B. bei der Frage der Wohlfahrtsanstaltungen großer Städte der Fall ist. Nach dem Bericht, den das Bureau des Verbandstages selbst ausgetragen hat, wurde widersprüchlich beschlossen, daß die Wohlfahrtsanstaltungen der Gewerbevereine umgänglich in höher Recht als dem der Gewerkschaften, die sich nicht von einer Partei trennen können, die in ihren Endzielen nicht auf eine Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft und ihres sozialen Handelns, sondern auf deren Beständigkeit hinsetzen. Freilich, es hat auch bürgerliche Politiker gegeben, man braucht nur an den Österreichern von Stumm zu erinnern, die gerade aus diesem Gesichtspunkte die Gewerbevereine für gefährlicher hielten, wie die Gewerkschaften.“

Die „Röhnische Zeitung“ ist leider schlecht informiert worden. Die Gewerbevereine haben niemals eine „parteipolitische Haltung“ eingenommen, und das wollen sie auch in Zukunft nicht tun, da sie von neuem ihre Partei und ihre politische Unabhängigkeit zum Ausdruck gebracht haben. Im Tätigkeitsbericht wurde die Frage der Wohlfahrtsanstaltungen überhaupt nicht besprochen. Wohl aber kam diese Frage in der Debatte über den Tätigkeitsbericht zur Sprache und hierzu hat sich Redner die Wohlfahrtsplage eine „Wohlfahrtsplage“ genannt. Diese Ausprägung blieb auch nicht unwiderruflich, indem von anderer Seite darauf hingewiesen wurde, daß man nur eine gewisse Art von Wohlfahrtsplage als Wohlfahrtsplage bezeichnen könne, verallem in gewerbevereinlichen aber darf man dieses Urteil nicht. Dies „einfachstevolle Aufstellung“ hatte sehr zwecklos den ganzen Verbandtag hinter sich, so daß die „Röhnische Zeitung“ infolge falscher Information gründlich daneben gehauen hat in ihrer Kritik.

Das „Leipziger Tageblatt“ leitet den vollständigen Ausdruck des Programms mit längeren Ausführungen ein:

„Die Deutschen Gewerbevereine sind eine durchaus eigenartige Södigung. Sie verfolgen die Arbeiterschaft, bleiben aber im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung. In der politischen Arena nehmen die Gewerbevereine eine selbständige Stellung nicht ein. Ihre Mitglieder tauchen in anderen Parteien unter. Sie führen sich auch nicht auf funktionelle Besonderheiten, wie die christlichen Gewerkschaften. Ihr Ziel ist die Sicherstellung der Arbeiterschaft im Eigentum mit den Arbeitgebern, sie sehen in Kapital und Arbeit nicht feindliche Gegenseite, sondern zwei Dinge, die zusammengehören, und der Tarifvertrag in seinen verschiedenen Formen, gehört auf stative Organisationen, in das Mittel, durch das sie ihre Ziele zu erreichen suchen. So gefundene Verbindungen sind, haben sie doch nicht die Anziehungskraft auf die Massen ausüben vermögen, wie die sozialdemokratischen und die christlichen Gewerkschaften.“ Wie man spöttisch nennt, sind für Seiten erregter gewerblicher Klämpe mit ihrem Programm und ihren Bedürfnissen viel zu ausgegliedert, aber wenn sie sich auch an Zahl mit den sozialdemokratischen und auch mit den christlichen Gewerkschaften nicht messen können, es ist unbedenklich, daß ihr Einfluß in der Arbeiterschaftswegung dauernd gewinnt, und daß er weiter steigen wird, wenn sie es verstehen, Mächtigkeit zu bewahren. Der langjährige Vorsitz der Gewerbevereine, Dr. Max Hirsch, dessen Ideen in Leipzig speziell einen weiten Kreis von Anhängern hatten, ist im Laufe des Jahres gestorben. Man hat auf dem eben abgehaltenen Verbandstage seinen neuen Wohl, einen neuen Verbandsvorsitzenden gewählt, und zwar den aus der Arbeiterschaft selbst hervorgegangenen preußischen Landtagsabgeordneten Karl Goldschmidt, der lange Jahre mit Max Hirsch als Redakteur des „Gewerbeverein“ zusammen gearbeitet hat. Ob die Wahl eine glückliche war, kann die Zeit lehren. Auf dem Verbandstage selbst haben die radikalisierten Elemente eine starke Stütze an Goldschmidt gefunden, während die anderen Elemente, die der Entwicklung vorzuhelfen und es nicht abwenden können, daß die Dinge langsam heruntergehen. Ich sehe die linke-liberale (freisinnige) Presse, die den Hirsch-Dunderschen doch sehr nahe steht, berichtet nur sehr kurz und zusammenhanglos über die Verhandlung. Sie bringt sich nochmals auf, die Ueberzeugung kann, daß die H.-D. Gewerbevereine Kräfte gewonnen haben, die sie bestehen werden. Auch die Propaganda für den Kapitalismus, die von den Hirsch-Dunderschen stärker denn je betrieben wird, und die ihre parteipolitische Neutralität“ kritisch beleuchtet, wird den Gewerbevereinen nicht auf die Seile helfen. Die Arbeit, die von dem Liberalismus aller Sparten keinen nichts schaffen, werden durch die Agitation der Hirsch-Dunderschen für die

Man kann danach sagen, daß zwischen den maßgebenden Kreisen der Verwaltung, der Volksvertretung und dieser Arbeiterschaft eine gemeinsame Plattform und lieberzeugung existiert, auf deren Boden es nicht allzu schwer werden kann, auch die Mittel und Wege zu einer Erhöhung des sozialen Standes der Arbeiterschaft zu finden. In Grunde sind auch diese Mittel und Wege schon bekannt. In Grunde sind auch die Erfahrung präzise klar vorgezeichnet. Das hat auch der evangelisch-soziale Kongreß anerkannt. Ja, alle Sozialpolitiker stehen auf denselben Boden, und die zu folgende Aufgabe ist die, die Arbeiterschaften einzufinden und die Arbeitgeber andererseits zu gewinnen. Dabei werden noch eine Reihe von Einzelstreitigen und von neuen Szenen innerhalb des großen Rahmens der Tarifverträge ganz von selbst darüber, wenn nur von allen Seiten das Ziel unverrückbar festgehalten wird.

In dieser Beziehung hat der Abgeordnete Goldschmidt in seinem Bericht über die Tätigkeit und Entwicklung der Gewerbevereine mit vollem Recht betont: Der Gewerbevereinsgebäude breite sich rasch vor. Auch die gesetzlichen Organisationen könnten nur durch Erfolge erzielen, wo sie sich auf den praktischen Boden der Gewerbevereine stützen. Der Klassenkampf war ja ausnahmslos ohne Erfolg. Unter Beteiligung aller Organisationen und vieler Unternehmensverbände sind noch und noch wohl 4000 (4000) Tarifverträge abgeschlossen worden. Das war nur möglich auf dem Boden der Gewerbevereine geschaffenen Boden gegenseitiger Verständigung. Dem Radikalismus ist es noch niemals möglich gewesen, die Verhältnisse gewaltig umzugestalten. Die Deutschen Gewerbevereine dürfen Hoffnungsträger für die Zukunft seien. Mit der wachsenden Bildung, mit der stetigen Entwicklung des Interesses des gesamten Volkes wird immer mehr der Boden bereit werden für unsere Sache. Darum gilt es, festzuhalten an unseren bestimmten Grundlagen, wenn wir auch den Radikalismus zu gewaltig und vielen Gemäßigten zu radikal sind. Der leige Proletarbeiterstreich habe gezeigt, wie sich der gesellschaftliche Gedanke zur Geltung bringt. Eine Zusammenfassung aller Arbeitnehmer ist nicht durchführbar auf dem Boden eines Organisations, die einer künstlichen Richtung angehören, oder die dem Klassenkampf dienen, wohl aber auf dem Boden eines sozialen Vorhabens, wie es seitens der Deutschen Gewerbevereine geschieht. Mit der Förderung der Arbeiterschaft wollen die Gewerbevereine nicht nur dieser, sondern dem gesamten Volkswohl dienen.

Natürlich kann nur die Radikalen mit allerhand großen und größeren Worten und Blättern daher, im Grunde aber bleibt man einzig, doch man wie bisher weiterarbeiten müsse.

Wie unsere Leser hier erfahren, ist die vorhandene getrennte Meinungsverschiedenheit in tatsächlichen Fragen in der Deutlichkeit nicht immer richtig verstanden worden. Der Verbandstag war in der Gesamtversammlung durchaus ein mit unserem Kollegen Goldschmidt. Trotz vorwärts kommen wollten, „die Jungen“, und das wollten auch „die Alten“. In der Sache soll daher tatsächlich so wie bisher, aber mit vermehrter Energie gearbeitet werden.

Die sozialdemokratische Presse folgt dem Beispiel des „Borussia“ und sucht den Verbandstag tatkräftig zu schwägen. Die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel brachte referierend Einzelheiten über den Verbandstag und glaubt hierüber uns als „Feld“ bezeichnen zu sollen, weil wir als „Arbeiterplattler“ auf nationalem Boden sitzen. Das Blatt schreibt:

„Auf dem dieser Tage stattfindenden Verbandstage der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dunderschen) steht der Referent Ziegler aus Köln in der Diskussion die Frage zur Erwähnung, ob nicht eine Grenzlinie gegen ausländische Södigung eingerichtet sei. In Eben stehen z. B. folgende Sprachen vertreten: Polnisch, litauisch, polnisch, mazurisch, tschechisch, wendisch, slowenisch, walachisch, englisch, ungarisch, italienisch, französisch, mährisch, russisch, italienisch, katalanisch, kroatisch, rumänisch, spanisch, italienisch, portugiesisch, tschechisch und mährisch.“

Diese Mitteilungen wurden auf dem Verbandstage mit großer Heiterkeit aufgenommen. Unseres Erachtens hätten die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, ebenso wie die christlichen, gelben und sonstigen gewerbläßigen Verbündeten daraus entnehmen können, was für Ziel die Arbeiterschaft anstrebt, die sich „nationalisch“ organisieren wollen angehört dieser internationale Proletarientum unserer partizipativen Unternehmen.

Die Logik der Kiel sozialdemokratischen Zeitung ist uns zu dümm, als daß wir uns veranlaßt seien klären, darüber weiter auch nur noch ein einziges Wort zu verlieren.

Natürlich zieht auch die „Westfälische Arbeiter-Ztg.“ des Reichstagsabgeordneten. Siebzehn nicht unter den Organen, die uns im Stile der sozialdemokratischen Presse anzusehen pflegen.

Sieht man den Verband der Maschinenbau- und Metallarbeiter, sowie den nur noch widerwillig dem H.-D. Gewerbeverein angehörenden Verein der Kamleute an, dann sieht von den H.-D. nicht mehr viel übrig. Es ist deshalb auch sehr verständlich, daß die Tagespresse ziemlich schief auf diesen Arbeiterschaftswahl vorbereitete ist; selbst die linke-liberale (freisinnige) Presse, die den Hirsch-Dunderschen doch sehr nahe steht, berichtet nur sehr kurz und zusammenhanglos über die Verhandlung. Sie bringt sich nochmals auf, die Ueberzeugung kann, daß die H.-D. Gewerbevereine Kräfte gewonnen haben, die sie bestehen werden. Auch die Propaganda für den Kapitalismus, die von den Hirsch-Dunderschen stärker denn je betrieben wird, und die ihre parteipolitische Neutralität“ kritisch beleuchtet, wird den Gewerbevereinen nicht auf die Seile helfen. Die Arbeit, die von dem Liberalismus aller Sparten keinen nichts schaffen, werden durch die Agitation der Hirsch-Dunderschen für die

In den großen französischen Mittelmeerbächen stehen überall die Seeleute im Streit, der sich auch auf die an der Nordküste gelegenen Häfen ausgedehnt hat. Es handelt sich dabei nicht um eine Bewegung gegen die Unternehmer, sondern um eine Demonstration gegen die Regierung, die man dadurch zu einem den Wünschen der Seeleute entsprechenden Altersversorgungs- und Pensionsgesetz zwingen will. — In der italienischen Provinz Argenta haben gegen 8000 Landarbeiter etwa 3 Monate lang im Auslande verharrt. Jetzt ist derselbe zugunsten der Arbeiter beendigt worden.

In München fand in der Pfingstwoche die 8. Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes statt, bei welcher die Presse ausgeschlossen war. Die sozialdemokratische "Leipziger Volkszeitung" veröffentlicht folgenden Brief:

Stuttgart, den 18. Mai 1907.

**Bericht Schrift!**

Vom 20. bis 25. Mai d. J. findet in München in den Zentralräumen die 8. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Verschiedene Wortansprüche veranlassen uns, die Versammlung für die Presse bis maximal selbst zu übernehmen und möchten wir Sie erlauben, uns anzugeben, ob Sie einen täglichen Bericht von den Verhandlungen wünschen.

Wenn ja, dann ersuchen wir, uns mitzutellen, wie viele Seiten resp. Spalten derlei eventuell fassen darf.

Um baldige Antwort bitten

Hochachtungsvoll

Der Vorstand  
des Deutschen Metallarbeiterverbandes".

Die 8. V. tadelte dies, ihr Versuch aber, sich einen eigenen Bericht zu verschaffen, scheiterte an dem Abschluss der Öffentlichkeit, so daß sie daher darauf angewiesen war, den offiziellen Bericht abzudenken.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand  
des Deutschen Metallarbeiterverbandes".

Die 8. V. tadelte dies, ihr Versuch aber, sich einen eigenen Bericht zu verschaffen, scheiterte an dem Abschluss der Öffentlichkeit, so daß sie daher darauf angewiesen war, den offiziellen Bericht abzudenken.

## Gewerkschafts-Teil.

**Liegnitz.** In Lüben bei Liegnitz hat die Firma Langer & Co. unsere Mitglieder entlassen, weil die Firma nicht dulden will, daß die Arbeiter von ihrem gesetzlichen Recht, einer Organisation anzugehören, Gebrauch machen. Den übrigen Arbeitern und Arbeitern wurde verboden, an unseren Vergnügen und dem Theater teilzunehmen, unter Androhung der Entlassung. Selbst auf der Krankenfalle wurde eingewilligt. Seither verweigerte die Firma die Aufnahme eines Kritikus: Der Arbeitgeber ist im Arbeitgeberverband, er ist also selbst organisiert, entzieht aber seinen Arbeitern das gleiche gesetzliche Recht. Wir leben und daher gewünschen, die Firma die Recht und Gesetz mit Ihnen trifft, bekannt zu machen.

**Überhausen.** Der Ortsverband Überhausen und Umgegend hielt am Sonntag, 26. Mai, eine gut besuchte kombinierte Versammlung in Übermarzloch ab, in welcher Kollege Hammacher über die Stellung der Deutschen Gewerkschaften in der Arbeitersbewegung referierte. In seinen interessanten Ausführungen wandte sich der Redner besonders gegen die Neuerungen in der Arbeitersbewegung, gegen die Gelben und sogenannten Reichstreuen, welche die alten Organisationen bekämpft werden. Die letzteren bestreiten unter den Arbeitern gegenüber ständige Arbeitgeber vollständig einig und geschlossen da, wobei durch Konfessionale, noch durch politische Differenzen getrennt. Redner wies seiner auf die Geschlossenheit der englischen Arbeitersorganisationen hin, die unter Vorbehalt seien und in denen eine strenge Disziplin herrsche. Eingehend vertrieb er Kollege Hammachers Reden nach über den Waldenburg-Streit und wies die von Segnern in Auseinandersetzung befindlichen Parteien zurück. Hierauf schloß er ausführlich Ziel und Zweck der Deutschen Gewerkschaften und forderte alle Anwesenden, soweit sie noch nicht organisiert waren, auf, in dieselben einzutreten. Folgende Resolution stand im Anschluß an den mit lebhaften Beifall aufgenommenen Vortrag einstimmige Annahme: "Die heute zu Übermarzloch tagende öffentliche Ortsverbandversammlung der Deutschen Gewerkschaften für Überhausen und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig. Sie erkennt in den Deutschen Gewerkschaften die einzige wirtschaftlich neutrale und zielbewußte Organisation und vertritt, mit allen Kräften für die Ausarbeitung derselben zu arbeiten".

**Werte Freunde!**

**Werte Freunde!**